

NACHRICHTEN

Vatikan enthüllt drittes Fatima-Geheimnis

ROM: Der Vatikan hat am Montag das «Dritte Geheimnis von Fatima» veröffentlicht. Das Dokument wurde vom Präfekten der vatikanischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, vorgestellt. Italienische Medien berichteten, die Präsentation sei vom Fernsehen live in 40 Länder übertragen worden. Nach Darstellung der Kirche geht die Botschaft auf Marienerscheinungen im Jahre 1917 im portugiesischen Ort Fatima zurück.

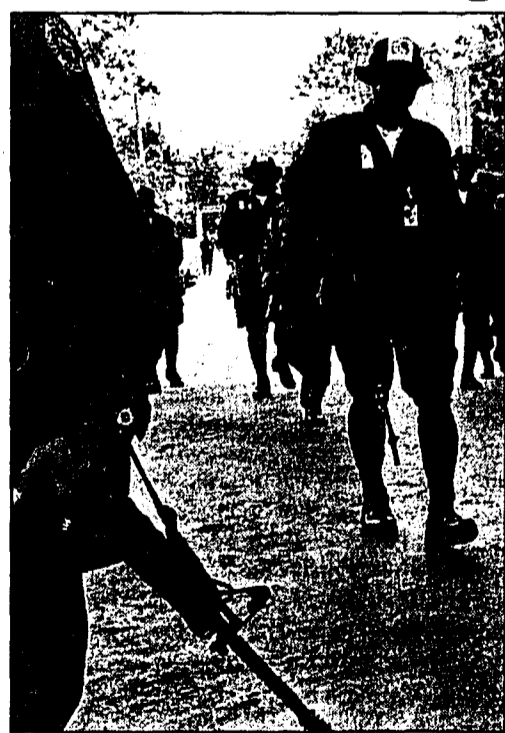
Kern sei die Ankündigung eines Papst-Attentats, wie es Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz in Rom schwer verletzt überlebt hatte. Die späte Niederschrift durch die heute 93-jährige Nonne Lucia Dos Santos ist allerdings umstritten. Kritiker bezweifeln, dass Mitteilungen dieser Art über Jahrzehnte unverändert im Gedächtnis bleiben. Die Niederschrift befindet sich laut italienischen Presseberichten erst seit Mitte der 50er Jahre im Vatikan.

**Molukken-Inseln
70 Tote in sechs Tagen**

JAKARTA: Angesichts der anhaltenden blutigen Gewalt zwischen Muslimen und Christen auf den ostindonesischen Molukken-Inseln ist der zivile Notstand über den Archipel verhängt worden. Die Gewalt hielt auch am Montag an. «Wir hoffen, dass dies helfen wird, mit der Situation fertigzuwerden», zitierte die staatliche indonesische Nachrichtenagentur Antara Polizeichef General Rusdihardjo. Das Militär solle nun Brennpunkte des Konfliktes isolieren und Razzien machen. Bis Montag starben in der Provinzhauptstadt Ambon nach Angaben von Sprechern beider Glaubensgemeinschaften seit Ausbruch der neuen Unruhen am vergangenen Mittwoch mindestens 70 Menschen. Allein am Sonntag kamen mindestens 20 Menschen ums Leben.

«Es gibt immer wieder sporadische Zusammenstöße in verschiedenen Teilen der Stadt», sagte ein Kirchensprecher am Montag. Mitglieder beider Religionen beschuldigten sich gegenseitig, vom indonesischen Militär unterstützt zu werden. Anlass der neuen Kämpfe war ein Massaker von Moslems an Christen auf den Nord-Molukken vor einer Woche. Dabei hatte es nach jüngsten Berichten mehr als 200 Tote und über 500 Verletzte gegeben. Die Unruhen waren erstmals im Januar des vergangenen Jahres ausgebrochen. Die Zahl der Todesopfer in dem Konflikt wird seitdem auf mehr als 3000 geschätzt. Zehntausende von Menschen flohen in sichere Provinzen des grössten moslemischen Landes der Erde.

Philippinen: Entführer stellen neue Forderung



MANILA: Im Geiseldrama auf den Südpalippen haben die Entführer eine neue politische Forderung gestellt. Die militante Moslemgruppe Abu Sayyaf verlangt, hunderten Lehrern in der südlichen Provinz Sulu angeblich ausstehende Gehälter zu zahlen. Dies sagte am Montag einer der Regierungs-Vermittler. Zu der Provinz zählt auch die Insel Jolo, auf der seit mehr als zwei Monaten 20 westliche und asiatische Geiseln festgehalten werden. Nach Angaben des Gouverneurs der Sulu-Provinz, Abdusakur Tan, steht die Forderung in einem Brief zweier Abu Sayyaf-Kommandanten an den philippinischen Präsidenten Joseph Estrada. Tan sagte, er werde das Schreiben zunächst an Chefvormittler Roberto Aventajado leiten. Ob das Militär (Bild) wieder eingreift, ist fraglich.

Armee im Grossaufmarsch

Ausnahmezustand in Genf: Grossaufgebot an Sicherheitskräften zur «Forum Genf 2000»

GENF: Genf gleicht seit dem Wochenende einer Stadt im Ausnahmezustand. Die Gegend um das UNO-Gebäude, wo in dieser Woche Regierungsvertreter von rund 190 Staaten Bilanz über die soziale Entwicklung ziehen, ist von Soldaten und Polizisten besetzt.

Das Szenario am Montagmorgen hat es in sich. Während im strahlend blauen Himmel Helikopter der Schweizer Luftwaffe kreisen, meditieren vor dem Palais des Nations rund 200 Anhänger der chinesischen Kultbewegung Falun Gong. Die vorwiegend aus dem Westen stammenden Aktivisten wollen ihren stillen «Protest» die ganze Woche lang durchziehen – unter den Augen von Polizisten und Soldaten, die im UNO-Quartier überall stehen.

Rund 7000 Delegierte nehmen in dieser Woche an der Sondersession der UNO-Vollversammlung und am «Forum Genf 2000» teil, das von der Schweiz finanziell unterstützt wird. Die Armee unterstützt dabei die Kantonspolizei Genf beim Sicherheitsdispositiv, das bereits zum Auftakt des Grossereignisses am Montagmorgen zu einem Verkehrschaos führte.

Metallbarrieren und Stacheldraht

Der Eingang der UNO und andere internationale Organisationen sind bereits vor Tagen mit zusätzlichen Metallbarrieren bestückt worden. Auch in den Büschen waren vorsorglich Stacheldrahtrollen versteckt worden. Seit letztem Freitag kontrolliert die Polizei auch innerhalb des UNO-Gebäudes die Sicherheit – die UNO-Sicherheitsleu-



Es ging heiss her in Genf: Demonstrationen und Kundgebungen begleiteten die Sondersession der UNO.

te sind auf die Türsteher-Funktion reduziert. Einer der neutralisiersten Orte ist für die Polizei das Gebäude der Welthandelsorganisation (WTO) am Genfer Seeufer. Im Mai 1998 war es in der Rhonestadt aus Anlass einer WTO-Ministerkonferenz zu gewalttätigen Ausschreitungen militanter Globalisierungs-Gegner gekommen. Eine Demonstration von rund 5000 Globalisierungs-Gegner war jedoch am Sonntag wider Erwarten friedlich über die Bühne gegangen.

Zum Scheitern verurteilt?

Auch die Bilder von den Strassenschlachten Ende letzten Jahres in Seattle, die die WTO-Ministerkonferenz zum Scheitern brachte, scheint das Genfer Sicherheitsdispositiv für die Nachfolgekonferenz des Weltsozialgipfels nachhaltig

beeinflusst zu haben. Rund 800 Soldaten der Schweizer Armee, zahlreiche davon in Zivil, sind seit dem Wochenende in Genf im Einsatz. Selbst die 120 Kinder der grössten städtischen Kinderkrippe in Genf sind im Vorfeld des Grossereignisses fichtiert worden. Der Zugang zur «Crèche du Lac» im Garten der WTO ist für die Eltern seit Montag nur noch mit einem speziellen Ausweis möglich.

Von Hunden und Polizisten umzingelt

Die beiden Gebäude der Krippe sind von zahlreichen Polizisten und Schäferhunden umzingelt. «Jetzt bewachen wir halt auch die Kinderkrippe», meint ein Soldat aus der Deutschschweiz, der unter dem Geschrei der spielenden Kinder unter einer Buche Schatten vor der Sonne

sucht. Die meisten Mitglieder des Festungswachkorps, des Militärpolizeibataillons 1 sowie des Schutzdetachements des Bundesrates scheinen über die Abwechslung erfreut. Es hapert zwar manchmal mit den Sprachkenntnissen, doch der Einsatz in Genf in dieser Woche suggeriert zumindest optisch den «Duft der grossen Welt».

Das kostet viel Geld

Der Bundesrat und die Stadt Genf lassen sich das Grossereignis in dieser Woche in Genf viel Geld kosten. Allein für die UNO-Sondersession hat Bern knapp fünf Millionen Franken locker gemacht. Auch die Genfer Steuerzahler tragen mehr als eine Millionen Franken zur Imagepflege bei. Die Kosten für den Einsatz des Militärs trägt die Armee.

Levy warnt Arafat

Palästinenser jubeln: Termin für Unabhängigkeit in Sicht

JERUSALEM: Der israelische Aussenminister David Levy hat Palästinenser-Präsident Jassir Arafat vor der einseitigen Ausrufung eines unabhängigen Palästinenserstaates gewarnt.

Arafat hatte am Sonntag vor Aktivisten seiner Fatah-Organisation in Nablus erklärt, ein unabhängiger Staat für die Palästinenser sei nur noch «wenige Wochen» entfernt. Unter dem Jubel seiner Anhänger rief Arafat: «Palästina ist unser, unser, unser!» Er nannte jedoch keinen Termin für die Unabhängigkeitserklärung.

Einseitige Schritte?

Eine Entscheidung darüber soll frühestens auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrates (PNC), des Exil-Parlaments der Palästinenser, am 2. Juli in Gaza getroffen werden. Levy sagte dazu, jeder einseitige Schritt verstosse gegen die bilateralen Vereinbarungen des Friedensprozesses. Israel habe in diesem Fall das Recht, nach eigenem Gutdünken zu reagieren. Es bleibt ein schwieriger Prozess.

Von Verpflichtungen befreit

«Ein solcher Schritt würde auch Israel von seinen Verpflichtungen im Rahmen des Friedensprozesses befreien und uns erlauben, so zu handeln, wie wir es für richtig halten», warnte der Minister. Nach israelischen Presseberichten vom Montag erwägt die Regierung in Jerusalem für diesen Fall die Annexion eines Teils des besetzten Westjordanlandes. Beide Seiten hatten im vergangenen Jahr vereinbart, bis zum 13. Sep-



Schon sehr betagt, aber immer für Palästina im Einsatz: Jassir Arafat wurde von Anhängern bejubelt. (Bild: Keystone)

tember dieses Jahres ein umfassendes Friedensabkommen auszuhandeln. US-Aussenministerin Madeleine Albright wird am Dienstag in Israel erwartet, um die Chancen für einen Dreiergipfel auszuloten. An dem Gipfel sollen Arafat, der israelische Ministerpräsident Ehud

Barak und US-Präsident Bill Clinton ein umfassendes Rahmenabkommen für eine Beendigung des Konfliktes aushandeln. Während Barak auf ein solches Treffen dringt, hat Arafat dies in den vergangenen Tagen als «verfrüht» abgelehnt.

Probleme in Van-Provinz

ANKARA: Der türkische Sicherheitsrat hat der Regierung am Montag empfohlen, in der östlichen Provinz Van den Ausnahmezustand aufzuheben. In den Provinzen Tunceli, Diyarbakir, Sirnak und Hakkari soll der Ausnahmezustand dagegen um vier Monate verlängert werden.

Ausnahme-Zustand in Kurden-Provinzen

Der Sicherheitsrat wird vom türkischen Militär dominiert. Nach türkischem Gesetz ist die Regierung verpflichtet, die Empfehlungen des Rates vorrangig zu berücksichtigen. Der Ausnahmezustand war 1987 in zunächst sieben Provinzen im Kurdengebiet verhängt worden, drei Jahre nach Beginn des bewaffneten Kampfes der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK).

Viele Tote

Bei den Kämpfen wurden mehr als 36 000 Menschen getötet. In den betroffenen Provinzen liegt die Wirtschaft darnieder, Zehntausende von Menschen wanderten aus.

Konflikt nimmt ab

Die PKK hatte im letzten September das Ende ihres bewaffneten Kampfes verkündet, nachdem ihr gefangen genommener und zum Tode verurteilter Führer Abdullah Öcalan zum Frieden aufgerufen hatte. Nach den Friedensaufrufen der PKK im vergangenen Jahr haben die Zusammenstöße zwischen den Rebellen und dem Militär abgenommen.